Mitmachen. Mitentscheiden. Mitglied werden.

Das gibt Ihnen die Möglichkeit, den Kurs unserer Partei mitzubestimmen und mit Gleichgesinnten über alles zu diskutieren, was Sie aktuell bewegt. Als Mitglied der AfD bekommen Sie Informationen aus erster Hand und wissen mehr als andere. Sie können sich aktiv in den Wahlkampf einbringen, lernen unsere Kandidaten persönlich kennen und können diese unterstützen. Kommen Sie zu unseren regelmäßigen Treffen und informieren Sie sich.

Werden Sie Mitglied
Der Mitgliedsbeitrag beträgt in der Regel 10 EUR/Monat für Berufstätige. Weitere Informationen erhalten Sie in unserer Geschäftsstelle unter Tel. 0711 / 217 263-35 oder per Email an: geschaeftsstelle@afd-bw.de.

Fördern Sie uns
Als Förderer bleiben Sie parteilos und zahlen den halben Mitgliedsbeitrag. Sie erhalten dieselben Informationen wie unsere Mitglieder und sind als Gäste mit Rederecht, jedoch ohne Stimmrecht, zu allen Parteiveranstaltungen herzlich eingeladen.

Unterstützen Sie uns
Wir freuen uns über jede Spende. Für Sie sind Spenden und Mitgliedsbeiträge als Parteispenden gem. § 34g EStG in besonderem Maße steuerlich begünstigt. Bis zu einer Obergrenze von 1.650 EUR/Jahr für Alleinstehende (3.300 EUR/Jahr für Verheiratete bei gemeinsamer Veranlagung) werden 50% Ihrer Spende von der Steuerschuld abgezogen, wenn Sie eine Spendenbescheinigung der AfD vorweisen.

Bitte überweisen Sie Ihre Spende auf das Konto bei der
Alternative für Deutschland – Baden-Württemberg
Volksbank Stuttgart
IBAN: DE 70 6009 0100 0241 0220 02
BIC: VOBADESSXXX
Bitte im Verwendungszweck „Wahlkampfspende“ und auf dem Einzahlungsbeleg die vollständige Adresse für eine spätere Spendenquittung angeben.

Alternative für Deutschland

www.afd-bw.de

V.i.S.d.P. AfD-Landesverband Baden-Württemberg
Zettachring 6, 70567 Stuttgart

Für unser Land – für unsere Werte

AfD wählen!

Für ein sachgerechtes, naturerhaltendes und jägerfreundliches Jagdrecht.

Alternative für Deutschland

www.afd-bw.de

Die Alternative für Deutschland sagt zur Novellierung des Jagdrechts:

Die aktuelle Novelle des Jagdrechtes, und das „Wildtiermanagement“ erfüllen nicht die erforderlichen Vorgaben für eine sinnvolle und der Hege dienende Ausübung der Jagd. Wir stellen fest:

- Durch das neue Jagdrecht wird weder der Artenvielfalt im Wald Rechnung getragen oder bedrohte Arten effektiv gehegt, noch ein ungestörter Jagdbetrieb zum Schutz der Wildarten und der Landwirtschaft gewährleistet.
- Jäger werden von den Behörden gegängelt, ihre Arbeit zum Schutz und zur Pflege der Landschaft wird behindert.
- Bedrohte Arten wie bestimmte Bodenbrüter, die zur Vielfalt in Wald und Flur beitragen, werden durch falsche Vorgaben zur Raubwildbejagung mehr bedroht denn jemals zuvor.
- Das generelle Fütterungsverbot zur natürlichen Selektion ist weder mit ethischen Grundsätzen vereinbar, noch zielführend, es sei denn das Ziel der Landesregierung ist es, die Artenvielfalt im Wald zu beseitigen! In kargen Regionen wie z.B. den Höhenlagen führt das Fütterungsverbot sogar dazu, dass das Wild wegen Futtermangel den Winter nur schwer überleben kann und eventuell abwandert. Dies fördert Überpopulationen in den Regionen mit mehr Nahrungsangebot und Wildschäden durch Verbiss sowie eine Ausrottung standorttreuer gefährdeter Arten.
- Die Abschaffung der Ruhezonen für das Wild durch den Wegfall der Wegepflicht für die Bürger führt zu Wildstörungen und verschlechterte Hege und Pflege. Diese Zonen sind als Refugium besonders wichtig, gerade in Brut- und Setzzeiten.
- Jagd bedeutet einen sehr kostenintensiven Aufwand für die Revierpächter. Die Mehrbelastung durch eine Jagdsteuer sowie Ausgaben zum Verbissschutz und für Hegeeinrichtungen sind aus dem Nettoeinkommen der Revierpächter zu bezahlen. Im Ergebnis wird die Jagd zum Privileg der Vermögenden, wie schon im Feudalismus. Ist das der Fortschritt?
- Umwelt- und umfeldgerechte Wildhege lässt sich nicht durch ideologisch begründete Vorgaben und schlechte Kompromisse handhaben. Die Natur ist kompromisslos und verzeiht keine Fehlentscheidungen auf Grund pseudowissenschaftlicher Forschungsergebnisse durch ideologisch geprägte, selbsternannte Experten!

Wir fordern daher:

- Gründliche Überarbeitung der Novelle in Zusammenarbeit mit dem Landesjagverband hin zu einem ideologiefreien, sinnvollen Jagdgesetz!
- Abschaffung der Jagdsteuer!
- Kosten zur Revierpflege und Wildtierhege (Wildäcker, Schutzmaßnahmen vor Verbiss etc.) dienen der Allgemeinheit und müssen steuerlich absetzbar sein. Schon heute entlasten die Revierpächter und Helfer den Staat beim Naturschutz enorm durch ihren personellen wie materiellen Einsatz und durch Wahrnehmung ihrer Verantwortung.
- Wildabschusspläne müssen abgeschafft werden! Diese können nicht die regionale Besonderheit abbilden und zeigen nur wieder die Bevormundung des Jägers durch starre Behördenvorgaben. Eine individuelle Planung der Abschussmaßnahmen sollte der Verantwortung des Revierpächters überlassen bleiben, er kennt das Revier und die Region am besten.

Die Jagd ist ein wichtiges Element des Naturschutzes. Sie ist Ausdruck der Bodenverbundenheit und regionaler Traditionen. Lassen wir sie nicht zur Spielwiese von Ideologen werden!

Prof. Dr. Jörg Meuthen, Spitzenkandidat